

Workshop: „Gemeinsam für eine gesunde Lebensumwelt in Hamburgs Südwesten – Intersektorale Planung für Klimaanpassung und Hitzeschutz?“

Donnerstag, 15. Januar 2026, 13:00 – 17:00 Uhr (Patriotische Gesellschaft zu 1765)

Organisation und Moderation: Arbeitskreis Nachhaltige StadtGesundheit

Moderation und Dokumentation: Magdalène Lévy-Tödter, Sabine Müller-Bagehl, Jonathan Serbser-Koal, Alina Winkelmann

Kurzbericht

1 - Ziel der Veranstaltung

Seit einem Jahr verfügt die Stadt Hamburg über einen Hitzeaktionsplan und eine Klimaanpassungsstrategie. Klimabezogene Projekte und Initiativen wurden in verschiedenen Sektoren im Hamburger Raum parallel initiiert worden. Der Arbeitskreis „Nachhaltige StadtGesundheit“ nahm diese Entwicklung als Anlass, um den Workshop „Gemeinsam für eine gesunde Lebensumwelt in Hamburgs Südwesten – Intersektorale Planung für Klimaanpassung und Hitzeschutz?“ in der Patriotischen Gesellschaft zu organisieren.

2 - Ablauf

Die vier Impulsvorträge von Myriam Vittinghoff (Hochschule für Gesundheit), Franziska Alpen (Hamburgische Arbeitsgemeinschaft Hamburg e.V., Hamburg), Dr. Michael Freitag (Stabstelle Beteiligung von Bürger:innen, Behörde für Finanzen und Bezirke, Hamburg) und Prof. Dr. Wolfgang Dickhaut (HafenCity Universität, Hamburg) zeigten anhand konkreter Beispiele die Chancen und Herausforderungen des intersektoralen Dialogs rund um Klimaanpassung und Hitzeschutz auf (siehe Präsentationen im Anhang).

Anschließend diskutierten Expertinnen und Experten aus Gesundheitspolitik, Zivilgesellschaft, Stadtentwicklung und Wissenschaft unter anderem die Frage, wie Stellungnahmen zu Gesundheitsaspekten in den unterschiedlichen Phasen von Planungsverfahren bisher eingeholt wurden oder wie die Beteiligung der Öffentlichkeit gesichert werden kann. Die lebhafteste Diskussion zwischen Akteuren, die vielfach in aktuellen Projekten involviert sind, machte deutlich, wie wichtig ein Raum für intersektoralen Wissenstransfer und Vernetzung angesichts zunehmender Beteiligungsmüdigkeit und finanzieller Knappheit für eine gesunde Lebensumwelt in Hamburgs Südwesten sein kann. Zum Abschluss wurden die Ergebnisse der Gruppentische im Plenum kurz zusammengeführt.



3 - Zentrale Ergebnisse der Gruppendiskussionen

In diesem Abschnitt stellen wir die Ergebnisse der beiden Arbeitstische entlang der drei Ausgangsfragen der Veranstaltung gebündelt als Kernaussage vor. Die Gruppen wurden zufällig zusammengestellt und bearbeiteten dieselben Ausgangsfragen.

A - Auf welche Weise werden Stellungnahmen zu Gesundheitsaspekten in den unterschiedlichen Phasen von (u.a. informellen) Planungsverfahren bisher eingeholt bzw. abgegeben?

Die Rolle des Raums für Gesundheit wurde im Sinne des Sozialraums diskutiert, der sozioökonomische Faktoren, soziale Lage sowie das Zusammenspiel von Umweltbedingungen und individuellen Voraussetzungen umfasst. Der Sozialraum wurde als weitgefasster Begriff beschrieben, dessen konkrete Ausprägung maßgeblich von den Perspektiven der dort lebenden Menschen bestimmt wird.

Die Diskussion zeigte, dass Gesundheit als vielschichtiges Konzept verstanden wird. Kann eine gesunde Stadt als Ausdruck einer lebenswerten Stadt beschrieben werden, da eine lebenswerte Stadt sowohl individuelle Verantwortung als regionale Verantwortung und Verantwortung auf lokaler Ebene voraussetzt. Daraus ergibt sich unmittelbar die Herausforderung, Bildung für Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Gesundheitsthemen zu berücksichtigen.

B. Wie verlaufen Analysen? Werden dabei Werkzeuge wie Diskussionshilfen, Modellierungen oder Visualisierungen eingesetzt? Wie lässt sich Expertise aus den verschiedenen Projekten verknüpfen?

Wie kann man sich Bildung zu Gesundheitsthemen in den Quartieren vorstellen? Sie könnte durch Co-Forschende, Volkshochschulen als Multiplikatoren sowie durch Kooperationen mit Fachakteuren und Bürger:innenbefragungen umgesetzt werden. Die konkrete Ausgestaltung wäre dabei von den jeweiligen institutionellen Möglichkeiten der beteiligten Akteur:innen abhängig und bedürfte einer individuellen Prüfung.

Der Informationsaustausch zwischen den Akteur:innen aus verschiedenen Initiativen wurde von den Teilnehmenden als zentrale Herausforderung benannt. Dabei stellte sich insbesondere die Frage nach der Herkunft relevanter Daten und Informationen sowie nach geeigneten Zugangswegen. Als möglicher Ansatz wurde der Rückgriff auf eine Standortanalyse diskutiert, um bestehende Daten und Informationen systematisch zu erfassen und einzuordnen.

Die Teilnehmenden diskutierten, dass eine umfassende Analyse nicht zwingend als groß angelegte Datenerhebung verstanden werden müsse. Vielmehr könne sie kleinschrittig, community- und setting-spezifisch sowie mit einem Schwerpunkt auf qualitativen Ansätzen erfolgen. Als mögliche Datengrundlage wurde der Rückgriff auf bestehende Verwaltungsdaten genannt.

An die Herausforderung der Bildung schließt sich die Frage an, wie der Übergang vom Wissen zum Handeln gelingen kann. In diesem Zusammenhang wurden Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit sowie Formen der Beteiligung auf Akteur:innen-Ebene (Beispiel: Initiative Kühle Orte) diskutiert. Dabei stand insbesondere die Frage im Fokus, welche Akteur:innen beteiligt und wie diese gezielt eingebunden werden können.

Die Teilnehmenden diskutierten Möglichkeiten zur besseren Verknüpfung vorhandener Expertise und Projektergebnisse. Als Grundlage hierfür wurde eine langfristige Netzwerk- und Kommunikationsarbeit auf Quartierebene genannt, um relevante Bündnispartner:innen (Beispiel: Hamburger Zukunftsentscheid, Nachhaltigkeitsforum) einzubinden und Verbindlichkeit zu schaffen. Zugleich wurde hervorgehoben, dass zunächst Bewusstsein und Sensibilisierung erforderlich sind. Als unterstützendes Instrument wurde eine Stakeholder-Analyse diskutiert, um alle Akteur:innen mitzunehmen.

C. Wie lässt sich der intersektorale Dialog rund um Klimaanpassung und Hitzeschutz erleichtern und wie kann die Beteiligung der Öffentlichkeit gesichert werden?

Zu Beginn der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass vielen Akteur:innen nicht bekannt ist, dass laut § 33 Bezirksverwaltungsgesetz bei Prozessen, die Kinder und Jugendliche betreffen, eine Beteiligung verpflichtend vorgesehen ist, da sie sich noch nicht durch Wahlen an politischen Prozessen beteiligen können. Daraus entsteht die Herausforderung, dass Erwachsenenbeteiligung nirgendwo festgelegt wird und von daher auch in Budgets von Behörden nicht berücksichtigt wird. Trotz des Engagements der Mitarbeiter:innen zur Beteiligung von Bürger:innen kommt es auf beiden Seiten zu Frustrationen. Während Behördenmitarbeiter:innen von unangemessenen verbalen Angriffen berichten, fühlen sich Bürger:innen nicht ernst genommen, wenn ihre Erwartungen nicht vollständig erfüllt werden. Aus Sicht der Behörde ist eine wesentliche Funktion von Beteiligung, dass die Sicht der Bürger:innen der Verwaltung hilft bessere Entscheidungen auch im Sinne der Bürger:innen zu treffen. Wichtig ist dabei eine frühzeitige und transparente Kommunikation der Rahmenbedingungen, insbesondere der Möglichkeiten und Grenzen des jeweiligen Prozesses.

Die Beteiligung im Rahmen von Evaluationen wurde als zentrale Fragestellung diskutiert, insbesondere im Hinblick darauf, wer sich beteiligt und wie relevante Zielgruppen erreicht werden können. Dabei wurde die Bedeutung einer zielgruppenorientierten Beteiligung hervorgehoben. Als mögliche Zugangswege wurden die digitale Erreichbarkeit, die Schaffung von Öffentlichkeit (Beispiel: „Aufkleber“) sowie die gezielte Verortung von Angeboten an bestimmten, für die Zielgruppen relevanten Orten benannt (Beispiel: „nette Toilette“ → Verknüpfung: Menschen trinken unterwegs nicht ausreichend, weil sie keine Toilette finden)

Einzelne konkrete Umsetzungsvorschläge wurden im Laufe der Diskussion genannt:

- Die Bedeutung sogenannter Gelegenheitsfenster wurde hervorgehoben. Als Beispiele wurden zum einen die frühzeitige Kenntnis geplanter Straßenbauprojekte (ReStra - Regelwerke für Planung und Entwurf von Stadtstraßen) genannt, um z.B. Projekte zu Klimaanpassung von Straßen rechtzeitig berücksichtigen zu können. Zum anderen wurde die Einbringung von Vorschlägen zu Hitzeschutz und Klimaanpassung im Rahmen der Entwicklung kommunaler Fünfjahrespläne empfohlen.
- Auf Ebene des Arbeitskreises Nachhaltige StadtGesundheit kann gegebenenfalls im Rahmen der Strategie der Patriotischen Gesellschaft zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf die Ebene der Politik hingewirkt werden, etwa durch die Zusammenarbeit mit Hamburger Hochschulen.
- Eine Fortbildung für Interessierte zum Thema Beteiligung und Partizipation wurde empfohlen.

4. Wie geht es weiter/nächste Schritte

Die Teilnehmenden diskutierten Möglichkeiten zur Erleichterung des intersektoralen Dialogs, insbesondere durch Vernetzung, Kurzberichte und größere Veranstaltungsformate.

Wir stellen hier ein paar Arbeitsschritte, die vor Ort diskutiert wurden.

1. **Vernetzung und Transparenz über aktuelle Projekte** (siehe Teilnehmerliste und Tabelle mit aktuellen Projekten im Anhang)
2. **Wissensaustausch und gemeinsames Handeln:** Planung von informellen Treffen wie der Workshop 1-2 pro Jahr. Eine Alternative wäre über bestehende Austauschformate wie Gesundheitliche Chancengleichheit: Online-Austausch "Lunch Talk", in Kontakt zu bleiben (<https://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/gesundheitsfoerderung/klima-und-gesundheit/online-austausch-lunch-talk/>).
3. **Öffentlichkeitsarbeit:** Die PG könnte mit ihrer neuen Strategie als Sprachrohr für uns fungieren, damit der intersektorale Dialog strukturell und finanziell gefördert wird (<https://www.patriotische-gesellschaft.de/zusammen-fuer-hamburg>)

Ergänzend dazu laden wir Sie herzlich ein, an den **Treffen des Arbeitskreises Nachhaltige StadtGesundheit** der Patriotischen Gesellschaft teilzunehmen. Die Treffen finden monatlich am 1. Montag von 18:00 bis 20:00 statt. Mehr dazu: <https://www.patriotische-gesellschaft.de/arbeitskreis-nachhaltige-stadtgesundheit>